

Wohlstand mit Sinn

Es ist zu Beginn einer wohl weltweit sich ausbreitenden Rezession des mühevolleren Nachdenkens wert, ob Denken und Handeln in den kaum hinterfragten Kategorien des Wohlstands, des permanenten Wachstums und des ungebremsen Konsums nicht allein an ihr natürliches Ende gelangt sind. Ist denn nicht ein neues Denken gerade deswegen erforderlich, weil das Fundament unserer bisherigen Wohlstandskultur zerfällt? Die Symptome sind bekannt: Weltweit sind große Teile der Ackerflächen überdüngt, mit Pestiziden

stand tatsächlich zu mehren. Schon jetzt ist es erwiesen (aber weithin verschwiegen), dass von 2000 bis 2008 das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts allein dem oberen Zehntel der Gesellschaft zugute kam, während 90 Prozent real betrachtet eine Stagnation oder einen realen Verlust ihres Nettoeinkommens (inflationbereinigt) erlitten.

Das muss – so arbeiten Miegel und seine Mitstreiter heraus – zu einem, die Sinnfrage einschließenden, neuen Verständnis des Wohlstandes führen. An erster Stelle müssen sich die überkommenen, eingefahre-

sicht wirkt lähmend, zumal keiner der großen Negativtrends – Umwelt- und Schuldenkrise – bisher umgedreht worden ist. Im Gegenteil. Sie setzen sich fort.

Dabei kommt es zu einem merkwürdigen Dilemma. Zahlreich sind die Politiker, die immer wieder mit guten Gründen und auch mit hinreichender Einsicht in die fatalen Zusammenhänge betonen, dass ein Umdenken, eine Änderung der politischen Perspektiven – weg vom Fetisch des ständigen Wachstumswahns – angezeigt ist. Im Rahmen der Energiewende ist jedoch hierzulande gleichzeitig ein Doppeltes erkennbar geworden. Eine nationale Neuausrichtung vermag – für sich genommen – praktisch nichts. Solange nämlich die potenziellen Atomkatastrophen sich an unseren Grenzen ereignen können, sind wir nicht gegen ein europäisches „Fukushima“ gefeit. Eine nachhaltige Änderung der Gefahrenlage für Mensch und Umwelt ist also an dieser Stelle von der Politik im nationalen Rahmen nicht zu erreichen. Das gilt gleichermaßen für ein Aufhalten der Klimakatastrophe und für die Forderung nach einem Ende des Wachstumswahns.

Hinzu tritt ein zweiter Gedanke: Keiner kann im Augenblick und für die kommenden Jahre verlässlich sagen, wie hoch die – materiellen – Nachteile für den Bürger in Deutschland tatsächlich bei Erhalt der Stromrechnung werden, die sich aus der Energiewende und der mit ihr gekoppelten Belastung der Umwelt ergeben. Nicht nur der einzelne Bürger, sondern auch die nationale Politik stehen also ohnmächtig den dramatischen Herausforderungen gegenüber, die mit dem unaufhaltsamen Ende eines weiter wachsenden materiellen Wohlstands verbunden sind.

„Unwissenheit und Unvermögen“ – das ist auch redlich zu bedenken, wenn aus Kirchenkreisen von einer auf den Menschen ausgerichteten, nicht am Profit orientierten Gesellschaft und Wirtschaft gesprochen oder die Gier nach mehr Besitz und Konsum als Sünde gegeißelt wird. Eine faire und andernorts gehörte Antwort muss von der Kirche das Zugeständnis einfordern, dass allein verbale Forderungen die grundlegenden Dilemma nicht lösen helfen. Denn wenn eine bisher am Paradigma Wachstum orientierte Wirtschaft neu im Modus der Bescheidenheit und der Bescheidenheit konzipiert werden muss, dann in einer Weise, dass der Bürger sich nicht schlicht verweigert. Eine gelingende Reform darf Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit nicht vernachlässigen, die Haus-

halte nicht unter den Schuldenlasten kollabieren lassen und muss verhindern, dass die Armen weiter auf der Strecke bleiben und ihnen keine fairen bezahlbaren Bildungschancen eröffnet werden. Das aber ist fast die Quadratur des Kreises.

So gesehen ist es immens wichtig, dass Miegel und sei-

ne Mitdenker auf diesem Weg zu einem neuen Bewusstsein nicht allein die zu beantwortende „Sinnfrage“ in den Mittelpunkt rücken, sondern auch die Frage stellen, wo denn die verlässlichen, die prägenden Vorbilder sind, die Orientierung für die große Zahl der Ohnmächtigen, der Verunsicherten, der Suchenden sind. Es müssten solche Vorbilder sein, deren Engagement für Bürger und Gemeinwohl ein leuchtendes Vorbild ist. Sie sind indessen kaum zu finden; jedenfalls ist ihre Zahl nicht groß genug. Noch nicht. Der heilige Franziskus war einst ein solches Vorbild, auch eine Provokation gegen das Reiche, das Materielle, das Diesseitige. Er hat, wie es scheint,

„Der Bürger delegiert den Auftrag neuen Denkens aus Ohnmacht an die Politik“



Wie wäre es, wenn die Menschen eine Gesellschaft bestreiken würden, deren Leben allein wie ein Betrieb funktioniert – immer mehr und das immer schneller? „Nicht einsteigen“ in den Zug, der mit der alten Wachstumsideologie Richtung Abgrund rast.

Foto: dpa

Die herkömmliche Wachstumsideologie als allein ökonomische Antwort auf alle Fragen des Menschen bekommt die globalen Herausforderungen der Zukunft nicht in den Griff. Das zeigt die Eurokrise zur Genüge. Es braucht einen Bewusstseinswandel hin zu einem immateriellen Wohlstandsbe-griff, wie es Meinhard Miegel sagt. Dazu braucht es auch die Kirche, die ebenfalls neu denken lernen muss

VON FRIEDRICH GRAF VON WESTPHALEN

übersät; die Meere sind überfisch, die Umwelt durch Raubbau weithin zerstört, die Schadstoffbelastung der Luft ist alarmierend, der ungebremste Anstieg der Kohlendioxid-Gase führt wohl in die Katastrophe.

Alles das ist in den vergangenen Jahren gesagt worden. Hinzu kommt mit Blick auf Europa die Überalterung der Gesellschaften und dass, wie gerade erst der Verfassungsrechtler Paul Kirchhof gemahnt hat, diese Gesellschaft den Armen immer mehr nimmt, was sie den ohnedies Reichen in deren Überfluss noch zuwendet. Ein fataler Kreislauf der Ungerechtigkeit. Der Zusammenhalt einer so verfassten Gesellschaft ist nachhaltig gefährdet. Das gilt erst recht, wenn die Politik mit ihren Rettungsaktionen zugunsten des Euro die Finanzmärkte, nicht aber die Geldpolitik der Realwirtschaft stützt, wie Kirchhof auch anmerkt. Die Finanzmärkte aber bezeichnete der frühere Bundespräsident Köhler – und er wusste, wovon er sprach – als „Monster“.

Einige in der Wissenschaft warnen vor diesen Gefahren seit langem. Nichtregierungsorganisationen haben sich den Herausforderungen angenommen. Doch die Politik beharrt – gerade in den Zeiten der Finanzkrise und der dramatischen Überschuldung der Staatshaushalte – auf der als unabdingbar und alternativlos hingestellten Theorie des Wachstums der Wirtschaft. Nur dieses sei geeignet, den Konsum hinreichend anzustacheln, um dann vermehrt Steuern in die Haushalte zu spülen. Dieser Kreislauf sei lebenswichtig, um künftigen Generationen das Schicksal der Insolvenzen zahlreicher Staaten zu ersparen. Denn die Schulden müssen ja eines Tages bedient und abgetragen werden.

Unter dem Eindruck dieser dramatischen Entwicklungen für Staat und Gesellschaft hat jetzt die von Professor Meinhard Miegel geleitete Stiftung „DenkwerkZukunft“ wichtige Perspektiven in einem Memorandum „Für einen Bewusstseinswandel. Von der Konsum- zur Wohlstandskultur“ erarbeitet. Denn wenn Wachstum zum Stillstand kommt oder nur noch in kleinen Dosen generiert werden kann, um den Schuldenabbau zu fördern, dann ist es der großen Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr möglich, ihren materiellen Wohl-

nen Denk- und Verhaltensmuster der Menschen ändern. Nicht mehr das Materielle, sondern die „immateriellen Wohlstandsaspekte“ sollen im Vordergrund stehen. Dazu gehört die „Wiederentdeckung der Zeit“ als „bewusst erfahrene Lebenszeit“. Der hohe Wert einer solchen Zeit soll deswegen geschätzt und gesellschaftlich geachtet werden, weil sie „Zeit für sich selbst und andere“ ist – und Zeit, „um sich an der Natur und den Künsten zu erfreuen“, was den eigenen Horizont erweitert und gesellschaftliches Engagement einschließt. Das alles soll und muss eine – gelebte – Alternative zu dem penetrant im Vordergrund stehenden „Konsum- und Besitzstreben“ werden, in dem der reiche Investmentbanker das Vorbild ist.

Doch zahlreiche Hürden sieht Miegel, die sich dem neuen Denken und Handeln in den Weg stellen. Als erstes ist hier wohl das immer wieder überhandnehmende Gefühl der Ohnmacht des Einzelnen zu nennen. Die Herausforderungen, die sich stellen, sind eben schlicht zu gigantisch. Der Einzelne ist maßlos überfordert. Nur noch selten übersieht er die allein global zu verstehenden Zusammenhänge; die Finanz- und die Umweltkrise belegen diesen Zusammenhang: Der Einzelne empfindet sich nicht einmal mehr als ein Teil des Räderwerks, sondern nur noch als das Opfer undurchsichtiger Mächte, denen auch die Politik, so sieht und empfindet er es, nicht mehr wehren kann. Mit hängender Zunge und immer neuen Denk- und Regulierungsansätzen läuft sie ja seit Monaten den Kapriolen der Finanzmärkte hinterher.

Gegen diese dunklen Mächte großer, mächtiger Interessengruppen in Politik, Wirtschaft und Finanzwelt sich aufzulehnen, ihnen gar die Stirn zu bieten, ist dem Einzelnen schlicht versagt. Er kapituliert. Denn auch ein geändertes Bewusstsein des je Einzelnen hilft nicht weiter, wenn es sich denn nicht in politisch und wirtschaftlich messbaren Taten einer jedenfalls respektablen Minderheit niederschlägt. Diese Ein-

Die Aufgabe, einen Wandel des Bewusstseins, ein Neudenken zu beginnen und auch als Vorbild in Gang zu setzen, an die Politik. Er will in seiner dumpf empfundenen Ohnmacht Weisung und Führung von der Politik. Das ist demokratisch legitim. Eine andere Instanz ist nicht verfügbar. Doch die Politik kann diese Aufgabe im nationalen Maßstab – angesichts der globalen Herausforderungen – nicht mehr erfüllen. Es zählt nur noch ein Handeln im Maßstab des Globalen. Zudem belegt die Finanzkrise gegenläufig, dass die Politik sogar ihrerseits die Getriebene der Finanzmärkte, der Geklagte, nicht der demokratisch allein legitimierte Jäger ist. Dahinter verbergen sich fast nicht mehr lösbare Verwerfungen.

Doch damit nicht genug. Miegel und seine Mitstreiter bezeichnen eine weitere Hürde, die – wenn denn ein Umdenken wirklich stattfinden soll und kann – überwunden werden muss: „Unwissen und Unvermögen“ nämlich. Das überkommene Paradigma der Politik lautet ja: „Ohne Wachstum keine Investitionen, keine Vollbeschäftigung, keine soziale Sicherheit, keine konsolidierten öffentlichen Haushalte und auch keine Hilfe für die Armen und keine qualifizierte Bildung.“ Zugegeben, die Berechtigung dieser Gleichung wird in jüngster Zeit hinterfragt. Aber – und das ist das Dilemma – für ein neues Bewusstsein fehlt bislang ein „schlüssiges Gesamtkonzept“. Das ist „Unvermögen“ und „Unwissen“ in einem Takt.

Es ist eben nicht erwiesen, welche Verwerfungen sich einstellen, wenn Wachstum nicht mehr generiert wird. Die Politik kennt die Antworten nicht, die Wissenschaft hat sie nicht verfügbar. Immerhin: In Europa sind schon jetzt fünf Millionen Jugendliche arbeitslos. In Deutschland sind zwei Millionen Kinder von Armut bedroht. Der Pflegenotstand ist bereits Realität. Und die sich anbahnende Rezession wird noch viele Opfer fordern. Schon auf diese gegenwärtigen Herausforderungen gibt es keine zureichenden Antworten, wie diese Krisen innerhalb der betroffenen Systeme finanziell und auch noch menschenwürdig und sogar gerecht zu bewältigen sind. Das macht bescheiden.

„Es muss eine gelebte Alternative zum penetranten Konsumismus geben“

gegenwärtig keinen zögern. Für die Kirchen wäre es eine großartige Sache, sich den hier von Miegels „DenkwerkZukunft“ in den Vordergrund gerückten Fragen nach einem Bewusstseinswandel – gegen den Rausch von Konsum und materiellem Wohlstand – partnerschaftlich zuzuwenden. Sie sollte den Weg zu einem neuen Bewusstsein des Bürgers von Sinn und Wohlstand, von Glück und Gerechtigkeit helfend mitgehen. Denn die Kirche hat die Antworten, die hinter den Gesetzen von „Angebot und Nachfrage“ liegen.

Doch fehlen ihr die wissenschaftlich zu vermittelnden Grundlagenkenntnisse von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im globalen Rahmen, um von sich aus eine Antwort sachgerecht formulieren zu können. Der Wissenschaft hingegen fehlt teilweise die Offenheit für die Sinnfrage, aber ihr fehlt auch die zureichende Antwort. Hier muss der Dialog für den Bürger, für Gesellschaft und Politik beginnen. Denn die grundsätzlichen Antworten der katholischen Soziallehre reichen nicht mehr für die Komplexität der heutigen Wirtschafts- und Finanzwelt, in der die Politik nicht der Treiber, sondern der Getriebene ist.

Vielleicht könnte hier ein lokales Beispiel wie das der Bonner „Bürgerstiftung Rheinviertel“ als Bewegung der Basis ein taugliches Vorbild für eine solche praktische Kooperation zwischen Kirche und Bürgertum sein – und für das, was Miegel ein immaterielles Wohlstandsverständnis nennt. Denn in dieser Stiftung finden gleichermaßen bürgerschaftliches Engagement für andere vor Ort, beispielsweise in Kindergarten, Familienzentrum oder Hospizarbeit, wie auch kirchliches Glaubensverständnis und Bildungsarbeit mit eigener Akademie ihren Platz. Im Vorstand der Stiftung ist der katholische Dechant Wolfgang Picken tätig, im Kuratorium sitzen Frauen und Männer wie etwa Udo di Fabio, Richter am Bundesverfassungsgericht, oder die ehemalige Bundesfamilienministerin Ursula Lehr. Was hier Beispiel im Kleinen ist, kann im Großen eine Vision sein: Die Kirche tritt mit Politik und Wissenschaft in einen profunden Dialog ein, wie eine neue Gesellschaft nach den Zeiten der Wohlstandsgesellschaft – nicht allein in Deutschland, sondern auch in Europa – zu gestalten ist, um ihr das fehlende Bewusstsein von „Sinn“ und „Zeit“ außerhalb des Profitstrebens zu vermitteln.